

ANFRAGE Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom 6. Februar 2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	10. Plenarsitzung Gemeinderat 24.03.2015 2015/0112 31 öffentlich
Runde Tische zum Thema Bürgersicherheit		

Nach wie vor fühlen sich viele, vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger, in ihren eigenen vier Wänden nicht sicher und haben Angst vor Wohnungseinbrüchen.

- A. Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern einen „Runden Tisch“ für Bürgersicherheit zu organisieren?
- B. Will die Verwaltung parallel zum runden Tisch unter A „Runde Tische“ nahe am Ort für einzelne Stadtteile in Kooperation mit Bürgervereinen, Polizei und KOD initiieren und entstehende Kosten hierfür tragen?
- C. Was unternimmt die Verwaltung bisher neben der lobenswerten polizeilichen Aufklärung, um Bürgerinnen und Bürger und vor allem Haubesitzer und Vermieter öffentlich, z. B. mit Einwurfsendungen oder im Amtsblatt, über Sicherheitsmaßnahmen zu informieren?
- D. Welche Möglichkeiten bestehen derzeit für Bürgerinnen und Bürger mit Vermittlung der Verwaltung die Polizei in ihrer Präventions- und Aufklärungsarbeit mit Hinweisen und konkreten Vorschlägen zu begleiten und zu unterstützen?

Sachverhalt/Begründung:

Auch wenn von Seiten der Polizei laut Pressemeldungen die Zahl der Wohnungseinbrüche in den letzten Monaten im Vergleich zum Vorjahr gesunken und die Aufklärungsquote gestiegen ist, besteht derzeit kein Grund zum Zurücklehnen. Nach wie

vor sind die Bürgerinnen und Bürger höchst verunsichert. Trotz Präventionsarbeit durch die Polizei werden die Bürger nicht unbedingt alle erreicht und wissen nicht, wie sie einem Einbruch vorbeugen bzw. sich im Fall der Fälle verhalten sollen. Hinzu kommt die große psychische Belastung der Einbruchsoffer. In manchen Städten haben sich bereits Bürgerwehren gebildet oder es wurden private Sicherheitsunternehmen engagiert.

Die Frage der Verbesserung der Bürgersicherheit sollte in unserer Stadt durch die Stadtverwaltung zeitnah offensiv angegangen werden.

Bei einem „Runden Tisch“ können die Anliegen der Bürger vorgebracht und entsprechende Maßnahmen geplant bzw. die Zuständigkeiten nahe am Ort für eine verstärkte Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung vergeben werden. Können sich die Bürger selbst einbringen und Vorschläge machen bzw. umsetzen, erhöht das das Sicherheitsempfinden und die Akzeptanz der von der Verwaltung durchgeführten Maßnahmen (z. B. verstärkter Einsatz des KOD) und führt zu einer höheren Sensibilisierung bei allen Beteiligten.

unterzeichnet von:

Jürgen Wenzel

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

13. März 2015